

Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Frank Theile zur Aktuellen Debatte am 22.02.2018:

„Aktuelle Situation der Integration von Geflüchteten“

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

mit den heutigen Informationen sowie den Informationen I0344/17 und I0029/18 hat die Verwaltung ein umfassendes Bild zur Flüchtlingssituation und insbesondere zur Entwicklung des Familiennachzuges Schutzberechtigter in Magdeburg vermittelt.

Wir hätten uns als Fraktion gewünscht, dass vielleicht als zweiter Diskussionsbeitrag die Vertreterin oder eine Vertreterin des Integrationsbeirates aus ihrer Sicht – wir haben die Verwaltung gehört – wir hätten uns gewünscht, dass die Vertreter des Integrationsbeirates aus ihrer Sicht mal die Probleme in Magdeburg dargestellt hätten. Vielleicht ist jemand da, ich weiß es nicht, ich sehe es nicht, und kann sich heute noch in die Debatte einbringen. Für uns wäre es schon mal interessant zu hören, aus deren Sicht, was sie eigentlich sehen, wo sie Probleme sehen und wo sie vielleicht auch keine sehen.

Wir möchten aber zunächst all denjenigen danken, die sich in den zurückliegenden Jahren hauptberuflich, vor allem aber auch ehrenamtlich, um die Aufnahme und Integration der zu uns Kommenden, mit zum Teil sehr hohem persönlichen Einsatz, verdient gemacht haben.

Nicht zuletzt ihrem Wirken ist es zu verdanken, dass die Auswirkungen langwieriger, gerichtlicher und außergerichtlicher Asyl- und Aufenthaltsprüfungsverfahren kompensiert wurden und die Betreuung, Beratung und Integration der Asylbewerber und Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis wenigstens einigermaßen geordnet vorstattengehen kann.

Trotzdem ist es unseres Erachtens nicht mehr zu übersehen, dass knapp 21.000 Ausländer, die Ende 2017 in Magdeburg lebten, unsere Kommune zunehmend vor Herausforderungen stellen, die defacto und fast im Alleingang nicht mehr zu bewältigen sind.

So ist beispielsweise die Frage der Zurverfügungstellung von Unterkunftsmöglichkeiten gemäß des 2016 beschlossenen Unterbringungskonzepts im Grundsatz gelöst. Der Ausgleich der hierbei entstandenen Kosten in Höhe von rund 7,2 Millionen Euro per 31.12. 2017, siehe der entsprechenden Information I0029/18, ist demgegenüber offensichtlich – der Oberbürgermeister hat das in seinem Redebeitrag etwas relativiert – aber nur in Teilen erfolgt.

Es sind aber nicht nur allein finanzielle Lasten, die mittlerweile Dimensionen erreichen, die Magdeburg unseres Erachtens an den Rand des nicht mehr Machbaren bringen.

Wir haben durchaus zur Kenntnis genommen, dass es im Zusammenwirken zwischen Verwaltung und den unterschiedlichsten Trägern gelungen ist, rund 500 Kinder – so jedenfalls in der Information I0029/18 – ausländischer Herkunft einen Betreuungsplatz in Kindertageseinrichtungen zu vermitteln bzw. kurzfristig in Aussicht zu stellen. Vollkommen offen scheint jedoch, wie dem Anspruch weiterer, ca. 633 (davon 477 aktuell einen Betreuungsplatz suchender Kinder ausländischer Herkunft) nachgekommen werden soll.

Selbst unser sehr ambitioniertes Bauprogramm von 5. Kindertagesstätten, verbunden mit der Gründung eines kommunalen Kindergartenbetriebes, wird unseres Erachtens diesem Ansturm nicht gerecht werden können.

Und selbst wenn es uns gelänge, noch weitere Kindertageseinrichtungen kurzfristig zu bauen und zu finanzieren, bliebe mindestens die Frage, woher bekommen wir dann zeitnah und qualitativ entsprechend vorbereitetes Fachpersonal, um den Kindern eine Versorgung, Betreuung und Bildung zukommen zu lassen, die unseren Ansprüchen und den gesetzlichen Rahmenbedingungen genügt.

Ähnlich, aber nicht weniger kompliziert, stellt sich aus unserer Sicht die Situation bei Schulen dar.

Addiert man die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die vom Schuljahr 2014/15 bis zum Schuljahr 2017/18 jährlich zum Schulbesuch angemeldet wurden und geht man davon aus, dass diese auch ab dem Einschulungszeitraum in den Schulen verbleiben, so kommt man auf insgesamt rund 1.900. Nimmt man weiterhin an, dass die mit Stand Ende 2017 bereits in Kindertageseinrichtungen betreuten und die aktuell noch einen Betreuungsplatz suchenden Kinder von Asylbewerbern zunächst sukzessive auch in die Schulen nachrücken, kann man vorsichtig geschätzt, mittelfristig auch hier mit einem Mehrbedarf an Schulplätzen in etwa dieser Höhe rechnen.

Effekte, die sich aus noch zu beschließenden Nachzugsregelungen bzw. dem Auslaufen oder dem verändern von Residenzpflichten ergeben, können in Bezug auf Platzkapazitäten und Mittel zu deren Finanzierung unseres Erachtens derzeit sicherlich nur schwer kalkuliert werden.

Allein die eben genannten Sachlagen auf nur drei ausgewählten Feldern der Integration von Menschen, die zu uns kommen, machen deutlich, dass wir als Landeshauptstadt doch vor einigen gravierenden Problemen der Sicherstellung und Organisation von Integrationsprozessen stehen.

Wir wollen sie aber lösen.

Aber es nützt weder den Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung, die – und da kann ich Herrn Zander durchaus beipflichten – hier wirklich einen guten Job machen, noch uns als kommunalem Parlament etwas, wenn an anderen Stellen, auf Bundes und Landesebene laut und gern und durchaus berechtigt über unsere nationalen Verpflichtungen zur Wahrung und Einhaltung der Menschenrechte fabuliert wird, an der Basis, das heißt in unserer Stadt, aber langsam und allmählich die Grundlage zur Umsetzung und Gewährung eben dieser Rechte immer dünner wird.

Und vor allem an die Adresse derjenigen gerichtet, die besonders laut und plakativ die Einhaltung der Menschenrechte und Solidarität gegenüber Verfolgten, von Krieg,

Hunger und Armut geplagten einfordern. – Das hatten wir heute auch schon erlebt. – Vom Fordern wird niemand satt, vom Fordern hat auch keiner ein Dach über dem Kopf und vom Fordern gibt es auch keinen Kindergarten- oder keinen Schulplatz.

Wir sehen als Fraktion LINKS für Magdeburg in der Tat keine irgendwie geartete globale Lösung für unsere Stadt, wie wir zukünftig mit unseren Pflichten gegenüber Menschen, die bei uns Schutz und eine Perspektive für die Zukunft suchen, umgehen können.

Was wir aber tun können und das möchten wir hier auch ausdrücklich tun, ist Ihnen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, symbolisch den Rücken zu stärken und Sie aufzurufen, in den Gremien und Organisationen, in denen Sie im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger die Landeshauptstadt Magdeburg vertreten, mit Nachdruck weiterhin zu verlangen, dass sich Bund und Länder weiterhin ihrer Pflicht nicht entziehen und die Kommunen mit dem, was für die Lösung dieser immensen Integrationsaufgabe – die eben keine kommunale, sondern eine gesamtstaatliche Aufgabe ist – , auszustatten.

Die Konsequenzen, Herr Oberbürgermeister, aus den Zuwanderungen, haben Sie hier sehr präzise dargestellt. Dem hätten wir als Fraktion nichts hinzuzufügen.

Bezogen auf unserer eigenes Handeln als Stadtrat möchten wir anregen, mit uns gemeinsam darüber nachzudenken, ob wir an der einen oder an der anderen Stelle im Interesse des Gemeinwohles – und dazu gehört auch und besonders die Entwicklung und Gestaltung des Verhältnisses zu den ausländischen Mitbürgern, kurz gesagt deren Integration – immer die richtigen Prioritäten setzen.

Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, haben heute in ihrem Eingangsstatement eine Reihe von Aufgaben genannt. Wir möchten hier vielleicht noch zwei konkrete Vorschläge hinzufügen.

Zum einen, wenn wir heute zum Beispiel in der nachfolgenden Tagesordnung über Grundlagen debattieren, von denen möglicherweise abhängt, ob unser kommunales Wohnungsunternehmen Wobau in eine Projektbeteiligung im Mindestumfang von ca. 60 Millionen Euro für die Errichtung von durchaus als hochwertig und hochpreisig zu bezeichnenden Wohnraum, einsteigen kann, müssen wir uns angesichts der aktuellen Debatte auch die Frage gefallen lassen, ob es nicht andere, aktuell wichtigere Aufgaben, für dieses kommunale Steuerungsinstrument namens Wobau zu lösen gibt.

Wir könnten uns zum Beispiel alternativ vorstellen, dass die Wobau mit ihren augenscheinlichen und erfreulicherweise ja vorhandenen Kapazitäten den Bau bzw. die Sanierung oder Finanzierung einer Schule oder weiterer Kindertageseinrichtungen im Auftrag und im Zusammenwirken mit der Stadt übernimmt, um damit den eingangs und heute auch von mehreren Rednern wiederholten und betonten sich abzeichnenden Engpass an entsprechenden Platzkapazitäten etwas abzumildern.

Und zweitens, wir könnten uns auch vorstellen, dass der Stadtrat der Landeshauptstadt doch noch beschließt, dem Hinweis und der Bitte des Seniorenbeirates zur zusätzlichen Unterstützung Offener Treffes nachzukommen. Hier findet unserer Ansicht nach nämlich Integration live statt und wird zunehmend

von unseren ausländischen Mitbürgern auch genutzt. Jens Rösler hatte vorhin die Frage gestellt, an welchen Stellen man das machen könnte, beispielweise Offene Treffs wären so eine Geschichte.

Beide Vorschläge könnten, meine sehr geehrten Damen und Herren, Beiträge sein, der heutigen Debatte nicht nur Worte zu widmen, sondern auch in unserem Verantwortungsbereich befindliche Taten folgen zu lassen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!